

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

die Abgeordneten unserer Fraktion sind frisch und motiviert zurück aus der Sommerpause. Nun gilt unsere ganze Konzentration, die Schuldenkrise im Euro-Raum zu bekämpfen und der unverantwortlichen Politik der Bundesregierung Einhalt zu gebieten.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist ein wichtiges Signal für Europa. Es ist aber vor allem ein wichtiges Signal für uns, das Parlament. Das Gericht hat eindeutig die Position des Bundestages gestärkt und noch einmal klar gemacht, dass ohne unser Plazet weder der ESM noch die EZB in großem Stil tätig werden dürfen. Das gilt auch für die deutsche Haftungsgrenze. Am Ende entscheiden die gewählten Volksvertreterinnen und –vertreter. Und das ist gut so.

Was nicht gut ist, ist die Handlungsunfähigkeit dieser Koalition, die seit drei Jahren versucht, eine Regierung zu werden. Inzwischen ist es beinahe egal, um welches Thema es geht – eines ist immer gewiss: Chaos und Konflikte. Streit um die Euro-Rettung, Streit um die Energiewende, Streit um das fürcherliche Betreuungsgeld, Streit um die Gleichstellung Homosexueller beim Steuer- und Adoptionsrecht, Streit um die Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik, Streit um die ungerechte Zuschussrente, Streit um Steuersünder und so weiter und so weiter. In Wahrheit lebt diese Bundesregierung nur von der Popularität ihrer Kanzlerin. Die Chaostruppe dahinter vermag nichts zu leisten. Das werden wir noch deutlicher den Menschen aufzeigen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird nun die entscheidenden Antworten auf die drängenden Zukunftsfragen unseres Landes geben. An diesem Freitag um 13.30 Uhr beginnt unser zweitägiger Zukunftskongress im Paul-Löbe-Haus. Dort werden die über viele Monate erarbeiteten Konzepte für Bildung, Arbeit, Generationengerechtigkeit, Infrastruktur, Ganztagschulen, die Kreativwirtschaft, Integration und Teilhabe, Gleichstellung und gerechte Steuern der breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Das Ergebnis soll ein gerechteres und zukunftsfestes Land sein, eine Gesellschaft, die gerüstet ist für die ökonomischen und sozialen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte.

Über unsere Website www.spdfraktion.de ist der gesamte Kongress übrigens im Livestream zu verfolgen. Falls du nicht kommen kannst – schaul doch mal rein!

Herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE TERESA BÜCKER, STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL, JOHANNA TIGGES
TELEFON (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 14.09.2012 11.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

- | | | | |
|----|---|----|---|
| 02 | Generaldebatte: Steinmeier rechnet mit Schwarz-Gelb ab | 07 | Paralympics in London waren Riesenerfolg |
| 03 | SPD-Politiker begrüßen ESM-Urteil | 08 | Streit ums Leistungsschutzrecht für Presseverleger |
| 04 | Schwarz-Gelb lebt von der Substanz | 09 | Schwarz-Gelb lässt Homosexuelle wieder im Stich |
| 05 | U-Ausschuss deckt Skandal beim MAD auf | 09 | Millionen Menschen können nicht lesen und schreiben |
| 06 | Von der Leyens Zuschussrente verhindert Altersarmut nicht | 11 | Wie die Kreativwirtschaft gestärkt werden muss |

GENERALDEBATTE

Steinmeier rechnet mit Schwarz-Gelb ab

Das Bundesverfassungsgericht hat den Euro-Rettungsschirm ESM unter Vorbehalten genehmigt. Es müsse sichergestellt werden, dass die Haftung Deutschlands auf die vereinbarten 190 Milliarden Euro beschränkt bleibe, sagte Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle am Mittwoch in Karlsruhe. Ohne erneute Zustimmung Deutschlands – und damit des Bundestags – dürfen demnach keine höheren Zahlungsverpflichtungen begründet werden.

Nach dem Urteil aus Karlsruhe kann Deutschland dem permanenten Euro-Rettungsschirm ESM unter Erklärung entsprechender völkerrechtlicher Vorbehalte beitreten. Deutschland hat bislang als einziges Euro-Land den Vertrag über den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM noch nicht ratifiziert. Erst mit der Beteiligung des größten Mitgliedsstaats kann der Rettungsschirm in Kraft treten.

In der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2013 sagte der Oppositionsführer im Deutschen Bundestag und SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier, die Entscheidung aus Karlsruhe sei nicht zu unterschätzen, Europas Hauptstädte hätten alle nach Deutschland geschaut. Nun sei Klarheit da, und das sei sehr gut so. Er freue sich über das Urteil, insbesondere weil es die Haltung der SPD-Fraktion bestätige: Das Informationsrecht des Parlaments muss Vorrang haben vor der Vertraulichkeit der ESM-Gremien. Der Parlamentshaushalt werde bestätigt, so Steinmeier.

Er zog eine kurze Bilanz nach drei Jahren Schwarz-Gelb. „Seit drei Jahren ertragen wir dieses erfolglose Bemühen einer Koalition, eine Regierung zu werden“, stellte Steinmeier fest und ergänzte: „Sie hatten nie ein gemeinsames Projekt, nie ein Thema, nie ein wirkliches Ziel.“ Es sei nur auf eines immer Verlass gewesen: Jeden Sommer war die Regierung zerstritten, und jeden September verkündete Kanzlerin Angela Merkel einen Neustart. Und dann kam es wie immer.

„Da ist keine Linie, keine Führung, es ist immer jemand dagegen!“

Steinmeier zählte die Streitthemen auf, bei denen Schwarz-Gelb keine Einigung findet. Dazu zählen die Energiewende und ihre Kosten, die Zuschussrente von der Leyens, die Gleichstellung Homosexueller, das Betreuungsgeld, die Verfolgung von Steuersündern und der Umbau der Sicherheitsbehörden. Steinmeier: „Da ist keine Linie, keine Führung, es ist immer jemand dagegen!“ Stattdessen verheddere sich diese Koalition in unseriösen Steuergeschenken zwischen Mövenpick und Betreuungsprämie.

Die Bundesregierung, resümierte der Fraktionschef, wirke „wie ein angeschlagener Boxer, der dem Ende entgegentaumelt“. Noch gehe es Deutschland recht gut, doch die schwarz-gelbe Agonie habe dazu geführt, dass die „fetten Jahre bald vorbei“ seien. In Wahrheit haben Rote und Grüne, erklärte Steinmeier, schon vor Jahren die Weichen gestellt, diese Regierung dagegen „verfrühstückt die Vorräte“.

Steinmeier wandte sich direkt an Kanzlerin Merkel und fragte: „Was tun Sie, damit es in unserem Land auch in zehn Jahren noch Wohlstand gibt? Was tun Sie gegen die Lücken bei der Bildung, bei der Rente, bei der Energieversorgung?“

Erwerbsarmut führt zu Altersarmut

Deutschland, postulierte Frank-Walter Steinmeier, habe ein Zukunftsproblem und ein Gerechtigkeitsproblem. Doch statt die Probleme anzugehen, zäume etwa Ursula von der Leyen mit ihrer Zuschussrente das Pferd von hinten auf. Doch Altersarmut sei in Wahrheit nur durch eines zu vermeiden: durch den Kampf gegen Erwerbsarmut. Und dazu gehöre auch ein gesetzlicher Mindestlohn.

Mit Blick auf Europa warnte Steinmeier, dass in der Währungszone insgesamt ein Rückgang der Aufträge um 15 Prozent zu verzeichnen sei. Steinmeier: „Das Risiko steigt auch für Deutschland, aber Ihr Werkzeugkasten ist leer“.

Stattdessen habe die Regierung sich in die Furche gelegt und das Heft des Handelns der EZB überlassen. Und insgeheim habe die Kanzlerin es auch so gewollt. „Sie waren es, die die EZB in dieses Programm gedrängt haben“, sagte Steinmeier. Nun heiße die Bundesregierung plötzlich etwas gut, das noch vor Monaten für sie Verrat an Deutschland gewesen sei. Die EZB tue nun, was zu tun sei. Das Verhalten der Koalition sei dabei scheinheilig. Denn das, was Schwarz-Gelb immer propagiert habe, sei nun ins Gegenteil gekehrt.

Steinmeier fragte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, wie es nun um die Besteuerung der Finanzmärkte stehe. „Da kommt nur dröhnendes Schweigen“. Steinmeier: „Wann, wenn nicht jetzt, ist der richtige Zeitpunkt, diesen Weg zu gehen? Ich verstehe das nicht.“ Es sei nicht entscheidend, nur systemrelevante Banken zu retten. Systemrelevant sei es, die soziale Balance in Deutschland wieder herzustellen.

SPD-Politiker begrüßen Entscheidung vom Bundesverfassungsgericht

Das Bundesverfassungsgericht hat den Rettungsfonds ESM unter Auflagen gebilligt. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier lobt das Urteil als gutes Signal für Europa. Auch Thomas Oppermann und Carsten Schneider sehen das Urteil positiv.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier sagte der Presse nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe zum Euro-Rettungsschirm ESM: "Ich bin froh darüber, dass die parlamentarischen Entscheidungen verfassungsrechtlich gebilligt worden sind. Damit

kann der ESM endlich seine Arbeit aufnehmen, kann seinen Beitrag leisten, für die Stabilisierung bei den Schwierigkeiten in der Euro-Zone. Wir billigen das Ganze unter dem Vorbehalt, dass die Parlamentsrechte gestärkt werden."

Steinmeier verwies auf die Erfolge der SPD-Fraktion bei den Verhandlungen zur Ausgestaltung des ESM und des Fiskalpaktes. Die Sozialdemokratinnen und -demokraten hatten sich immer für die Rechte der Abgeordneten stark gemacht. Steinmeier: "Die Rechte dürfen nicht in Zweifel gezogen werden. Wir fühlen uns durch das Urteil bestätigt." Durch die Karlsruher Entscheidung sei es nicht möglich, dass der so genannte Gouverneursrat des ESM beliebig die Haftungssummen ausweiten könne.

Im Plenum des Bundestages fügte Steinmeier hinzu: "Die Bedeutung der Entscheidung ist für die Zukunft Europas überhaupt nicht zu unterschätzen."

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann sagte via Twitter: "BVerfG stärkt Rechte des BT in Entscheidung zu Fiskalpakt und ESM. Nur als demokratisch legitimierte Rechtsgemeinschaft hat Europa eine Zukunft."

Carsten Schneider, der haushaltspolitische Sprecher der sozialdemokratischen Parlamentarier, twitterte zum Urteil: "Schäuble sind Handschellen angelegt worden. Kurs von Merkel, unbegrenzte und unkontrollierte Haftung durch EZB durch die Hintertür einzuführen, ist Absage erteilt worden."

Der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel sagte zur Entscheidung aus Karlsruhe: "Das ist eine gute Nachricht für Millionen Arbeitnehmer in Deutschland, deren Jobs vom Export abhängen. Nur wenn wir Europa stabilisieren, bleibt auch Deutschland stabil."

SCHWARZ-GELB

„Diese Regierung lebt von der Substanz“

Der 1. Parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann äußerte sich vor der Hauptstadt- und Bundespresse zum Euro, der Rentenpolitik und zum Bundeshaushalt.

Oppermann kritisierte, dass die Bundesregierung inklusive Nachtragshaushalt für 2013 rund 35 Milliarden Euro Schulden aufnehmen muss – und das in einer Zeit, in der der Staat so viele Einnahmen habe wie noch nie. "Diese Regierung gibt damit alle haushaltspolitische Verantwortung ab", konstatierte Oppermann. Er ergänzte: "Die alten Schulden steigen, die neuen Schulden steigen, die Staatsschuldenquote steigt, das ist das Resultat einer Regierung, die nur von der Substanz lebt. So wird Deutschlands Vorsprung verbraucht."

Die SPD-Fraktion werde am kommenden Wochenende ihre Sicht der Dinge darlegen und ihre Konzepte zur Zukunft dieses Landes auf ihrem zweitägigen Zukunftskongress vorstellen.

Zur Rente sagte Oppermann, dass er mit einiger Spannung den Machtkampf zwischen Kanzlerin Merkel und ihrer Parteifreundin und Sozialministerin Ursula von der Leyen verfolge. "Es ist noch nicht entschieden, wer als Siegerin vom Platz geht", bemerkte Oppermann. Erkennbar sei aber, dass die Kanzlerin offenbar nicht mehr die Kraft habe, von der Leyen Einhalt zu gebieten. Die Ministerin wolle mit der SPD zusammenarbeiten - was zu begrüßen sei. "Aber wir kommen nur ins Gespräch, wenn die Union sofort ihre Ankündigung zurücknimmt, die Rentenbeiträge senken zu wollen, und sich für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro stark macht. "Die Löhne müssen steigen, das hilft auch den Renten später." Er forderte zudem die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern, Zeitarbeitern und Festangestellten.

Mit Blick auf die EZB stellte Oppermann fest, dass die Kanzlerin endgültig das Heft des Handelns aus der Hand gegeben habe. "Die Rettung des Euro liegt nun bei der EZB", so Oppermann. Es sei "der Gipfel der Scheinheiligkeit", wenn Merkel sich in Deutschland geriere als Kämpferin gegen Vergemeinschaftung von Schulden, genau das aber über die EZB zulasse. Heimlich sei sie dafür.

Insofern habe der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler mit seiner erneuten Klage gegen den Rettungsschirm ESM beim Bundesverfassungsgericht einen wunden Punkt getroffen.

UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS NSU

„Ein unerhörter Vorgang, ein unglaubliches Versäumnis“

Am vergangenen Mittwoch gab Eva Högl, Obfrau im Untersuchungsausschuss zur Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund, vor zahlreichen Pressevertretern Auskunft über die MAD-Affäre und die vom Bundesministerium für Verteidigung zurückgehaltenen Akten.

Zuvor war bekannt geworden, dass der Militärische Abschirmdienst (MAD) 1995 den späteren NSU-Terroristen Uwe Mundlos befragt hatte. Mundlos war gegen Ende seines Wehrdienstes wegen rechtsextremistisch zu wertendem Verhalten aufgefallen.

Obwohl das für den MAD zuständige Verteidigungsministerium seit Mitte März 2012 von der Existenz des Befragungsprotokolls wusste, hatten weder Geheimdienst noch Ministerium den Bundestagsausschuss informiert. Erst aufgrund hartnäckiger Recherchen und wiederholter Nachfragen wurde dem Gremium die Akte über das Mundlos-Gespräch ausgehändigt.

Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) räumte in einem Brief an die Ausschussmitglieder ein, es sei „unsensibel“ gewesen, dass sein Haus die Abgeordneten nicht gezielt auf die Papiere hingewiesen habe.

Eva Högl sagte in dem Pressegespräch, dass dieses Versäumnis die Arbeit des Ausschusses schwer behindere und den Eindruck entstehen lasse, die Bundesregierung habe die Dimension der Ausschussarbeit nicht erkannt. „Ich verstehe nicht, dass da kein Signal von den Ämtern kommt“, sagte Högl. Der Verfassungsschutz habe in dieser Mordserie komplett versagt.

Sie forderte einen Mentalitätswechsel in den Geheimdiensten bzw. Ämtern für Verfassungsschutz. Die Kriterien für Auswahl und Führung von V-Leuten müssten neu überdacht werden, außerdem müsse mehr Wert auf interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelegt und ein neues Konzept für Ausbildung und Schulungen der Mitarbeiter ausgearbeitet werden. Abschaffen will Högl die Dienste nicht, gleichwohl müssen sie stärker zusammenarbeiten. Ihre parlamentarische Kontrolle sowie die Zentralstellenfunktion des Bundesamts für Verfassungsschutz müssen aber deutlich verstärkt werden.

Mit Blick auf den Ausschuss konstatierte Högl, dass er bis dato sehr viel herausgefunden habe. „Ich bin erstaunt bis entsetzt über die bisherigen Ergebnisse“, so Högl. Sie lobte ausdrücklich die fraktionsübergreifend gute Zusammenarbeit und die große öffentliche Wahrnehmung des Ausschusses.

Im Oktober wird der U-Ausschuss die zuständigen Vertreter des MAD und des Verteidigungsministeriums in einer Sondersitzung selbst zu der Affäre befragen. Auch Otto Schily, Wolfgang Schäuble, Volker Bouffier und Fritz Behrens (NRW) sollen befragt werden.

Zusätzlich steht dann der Punkt Thüringen und die Auswertung des so genannten Schäfer-Berichts auf der Agenda.

ARBEIT/SOZIALES

Von der Leyens Zuschussrente verhindert Altersarmut nicht

Die Pläne von Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU), eine aus Rentenbeiträgen finanzierte Zuschussrente zur Bekämpfung von Altersarmut zahlen zu wollen, treffen auf Kritik von allen Seiten. DGB und Arbeitgeberverbände stellen sich dagegen. Auch in der Koalition ist das Vorhaben umstritten. Plötzlich steht die CDU-Frau aus Niedersachsen allein auf weiter Flur. Auch die Kanzlerin ist auf Abstand zur Zuschussrente gegangen.

SPD-Fraktionsvizin Elke Ferner bemerkte gegenüber der „Saarbrücker Zeitung“ zu den Plänen von Ministerin von der Leyen: „Wegen der hohen Zugangshürden wird kaum jemand die Zuschussrente bekommen.“ Das Zuschussrentenkonzept sieht vor, dass die Rente auf 850 Euro aufgestockt werden soll, allerdings nur, wenn die Arbeitnehmerinnen und -nehmer zuvor selbst Vorsorge getroffen haben und genügend in die Rentenkasse eingezahlt haben.

Neue Berechnungen aus dem Hause von der Leyen gehen sogar davon aus, dass Millionen von Menschen, die heute rund 2500 Euro brutto verdienen, 35 Jahre Vollzeit arbeiten und ab 2030 in die Altersrente gehen, auf Geld vom Sozialamt angewiesen sein werden. Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsfrau, findet es zynisch, wenn die hohen Reserven der Rentenkassen aufgelöst werden, um die Zuschussrente zu finanzieren. Wer sein Leben lang gearbeitet habe, müsse sich auf eine anständige Rente verlassen können, ohne zum Sozialamt gehen zu müssen, sagte Buntenbach. Elke Ferner stellte fest, dass die Zuschussrente neue Ungerechtigkeiten schaffe, „weil viele Leute, die lange Vollzeit gearbeitet haben, am Ende auch nicht mehr Rente bekommen.“

Bundeskanzlerin Merkel, die auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Senioren-Union der CDU in Recklinghausen sprach, äußerte sich in gewohnter, nebulöser Weise zur Zuschussrente ihrer Kabinettskollegin: „Es ist wichtig, dass Sie beim Rentensystem die nötige Sicherheit haben und die Jüngeren das nötige Vertrauen.“ Die Union stehe vor einer längeren Debatte, um die Probleme zu lösen. Eine Alternative zu von Leyens Konzept nannte sie jedoch nicht.

Die Sozialdemokraten wollen die Übergänge in die Altersrente flexibler gestalten und die Teilrente ab 60 Jahren vereinfachen. Zudem hat die SPD-Bundestagsfraktion von der Bundesregierung eingefordert, die Rente mit 67 erst dann schrittweise einzuführen, wenn für Arbeitnehmer ausreichend altersgerechte Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

SPORT

Paralympics Riesenerfolg für Sportler mit Behinderung

Die Paralympics in London waren und sind für das gesamte deutsche Team ein voller Erfolg. Alle 150 Athletinnen und Athleten haben überragende Leistungen gebracht und ihr Publikum weltweit mitgerissen.

Martin Gerster, sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion: „Herzlichen Dank an das Team für eine herausragende Leistung, für spannende Wettkämpfe und für das riesige Engagement.“

Das deutsche Team sei vorne mit dabei. Nicht nur, weil es Platz 8 der Nationenwertung erreicht habe mit 18 Goldmedaillen, 26 Silbermedaillen und 22 Bronzemedaillen, sondern ganz besonders, weil jeder einzelne Athlet und jede Athletin eine großartige Performance gezeigt habe, so Gerster weiter.

Die öffentliche Aufmerksamkeit war so groß wie nie zuvor. Das hat sich auch in den Medienberichten und Fernsehübertragungen gezeigt. Viele Leute haben die Spiele live verfolgt, und London hat sich als fantastischer Gastgeber präsentiert. Gerster: „Das ist ein Riesenerfolg für den Sport für Menschen mit Behinderung.“

Inklusive Gesellschaft muss Normalität werden

Für die SPD war unter anderem Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Mitglied im Sportausschuss, in London vor Ort. „Behindertensport, gerade die Paralympics, trägt dazu bei, behinderte Menschen in den Augen der Gesellschaft vom Etikett der tragischen Geschichte zu befreien und deutlich zu machen, dass Menschen mit Behinderung Leistungsträger sein können, wenn man ihnen die Möglichkeit dazu lässt“, sagt Bätzing-Lichtenthäler. Es sei wichtig, dass die Sportlerinnen und Sportler auch von einem breiten Publikum wahrgenommen würden. Ereignisse wie die Paralympics seien unersetzlich, wenn eine inklusive Gesellschaft Realität und vor allem Normalität werden soll.

Brigitte Zypries, Justiziarin der Fraktion, war ebenfalls in London. Für sie steht fest: "Nach diesen Spielen sind die Paralympics weltweit anerkannt - sie haben enorm an Akzeptanz und öffentlicher Wahrnehmung gewonnen. Es war ein großartige Veranstaltung und den Athletinnen und Athleten - aber auch den Zuschauern - gebührt herzlicher Dank für die tolle Veranstaltung." Großbritannien habe Standards gesetzt.

Ähnlich sieht das auch Dagmar Freitag, Vorsitzende des Sportausschusses. Auch sie reiste nach London. Freitag: "Ehrlich gesagt, hätte ich es nicht für möglich gehalten, dass auch bei den Paralympischen Spielen die Stadien und Hallen täglich bis auf den letzten Platz gefüllt waren. Es ist mehr als erfreulich, dass die Berichterstattung sowohl in den Printmedien als auch in den Öffentlich-Rechtlichen Fernsehsendern gegenüber früheren Paralympischen Spielen deutlich ausgeweitet wurde". Für Freitag ist das "ein richtiges Signal in die Gesellschaft hinein, dass Integration und Inklusion ein Thema ist, das uns alle angeht."

Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass auch nach den paralympischen Spielen das Thema „Inklusion im Sport“ auf der Tagesordnung bleibt. „Wir setzen uns für die Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung ein“, sagt Martin Gerster. Die SPD-Fraktion lädt alle Interessierten herzlich zu einer Veranstaltung am 15. Oktober 2012 zu dem Thema ein. Jeder kann dort helfen zu beweisen, dass ein konstruktives Miteinander unabhängig von Behinderungen auf allen Ebenen der Gesellschaft möglich ist.

KULTUR/RECHT

Leistungsschutzrecht für Presseverleger darf Informationsfluss nicht behindern

Ein Debattenbeitrag von Burkhard Lischka

Am 29. August 2012 hat die Bundesregierung nach diversen Anläufen ihren Gesetzentwurf zur Einführung eines Leistungsschutzrechts für Presseverleger vorgelegt. Von dem im Koalitionsvertrag angekündigten „großen Wurf“ im Urheberrecht ist nicht viel übrig geblieben. Hier wartet die Kreativwirtschaft, die mit rund einer Million Arbeitsplätzen ein wichtiger Beschäftigungs- und Wachstumstreiber ist, seit drei Jahren vergeblich auf Aktivitäten und Impulse des Gesetzgebers für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen im digitalen Zeitalter.

Der vorgelegte Entwurf beschränkt sich darauf, einen kleinen Teilbereich mit untauglichen Mitteln zu regeln. Es ist unstrittig, dass Presseverleger mit Schwierigkeiten konfrontiert sind, soweit es um die Rechtsdurchsetzung gegen unbefugte Verwendung von Presseerzeugnissen durch Dritte, insbesondere die unautorisierte Nutzung ganzer Artikel in Online-Zeitungen, geht. Hier ist es wichtig, ihnen Instrumente an die Hand zu geben, um effektiv gegen entsprechende Geschäftsmodelle vorgehen zu können, ohne in jedem Einzelfall darlegen zu müssen, dass der Journalist seine Rechte am Text an den Verlag abgetreten hat.

Soweit die Bundesregierung darüber hinaus aber kleinste Textausschnitte (sog. snippets) bis hin zu bloßen Überschriften einem selbstständigen Schutz unterstellen und einer Lizenzpflicht unterwerfen will, schießt sie weit über das Ziel hinaus. Damit reicht das Leistungsschutzrecht des Verlegers weiter als das Urheberrecht des Journalisten am Artikel. Denn um Urheberrechtsschutz zu genießen, muss ein Werk eine bestimmte Schöpfungshöhe erreichen, d. h. eine besondere geistige oder sprachliche Leistung darstellen – ein einzelner Satz oder kurzer Auszug reicht dafür nicht aus. Es ist nicht einzusehen, weshalb für den Schutz von Presseerzeugnissen etwas anderes gelten soll.

Nachrichten dürfen nicht monopolisiert werden

Das Leistungsschutzrecht, wie von der Bundesregierung vorgeschlagen, zielt insbesondere auf Suchmaschinenbetreiber und News-Aggregatoren, die Zeitungsinhalte systematisch aufbereiten und für Geschäfts- und Werbezwecke nutzen, oder wie es im Gesetzentwurf schwammig heißt, „gewerbliche Anbieter von Diensten, die Inhalte entsprechend (also wie Suchmaschinen) aufbereiten“. Dazu zählen z. B. Dienste wie Google-News, die das Web automatisiert durchsuchen und mit Hilfe von Artikelzusammenfassungen oder kleiner Textausschnitte auf die Originalseite des Presseverlages verlinken. Dabei soll der Link selbst vergütungsfrei bleiben, der freilich ohne kurzen Hinweis auf den Inhalt des Artikels sinnlos wäre.

Das wird manche Suchmaschine dazu veranlassen, die Verlagsangebote gänzlich aus dem Suchmuster auszuschließen. Der Kollateralschaden, der für den Informationsfluss im Internet entsteht, ist zu groß. In einer modernen Wissens- und Informationsgesellschaft dürfen Nachrichten nicht monopolisiert werden, sie müssen sich frei verbreiten können.

Die Initiative der Bundesregierung geht damit an der eigentlichen Problematik vorbei. Stattdessen sollte der Gesetzgeber prüfen, welche Maßnahmen unterhalb dieser Schwelle ergriffen werden könnten, um den Verlagen die Durchsetzung ihrer Ansprüche zu erleichtern.

RECHTSPOLITIK/FAMILIEN

Schwarz-Gelb lässt homosexuelle Paare wieder im Regen stehen

Kurzzeitig hatte es in den vergangenen Wochen so ausgesehen, als ob Schwarz-Gelb ernst macht und die in ihrem Koalitionsvertrag angekündigte Gleichstellung der so genannten eingetragenen Lebenspartnerschaften homosexueller Paare mit der Ehe umgesetzt wird. Doch wieder zeigt sich: Diese Regierung macht viel pseudofortschrittlichen Wind und landet dann im alten konservativen Sumpf. Und die FDP hat sich mal wieder dem Machterhalt gebeugt.

Am 5. September 2012 hatte das Kabinett entschieden: Eine steuerliche Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften homosexueller Paare gibt es wohl in dieser Legislaturperiode nicht mehr. Doch wirklich erstaunen lässt einen diese Entscheidung nicht, denn sie ist typisch für diese Regierung.

Noch Anfang August hatten 13 Abgeordnete aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Öffentlichkeit mit ihrer Erklärung überrascht, die eingetragenen Lebenspartnerschaften der Ehe gleichzustellen. Der Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für die Belange von Lesben und Schwulen, Johannes Kahrs, nannte diesen Vorstoß aus der Union zunächst einen „großen Schritt in die richtige Richtung.“ Doch die konservativen Absagen an das Vorhaben ließen nicht lange auf sich warten: Den Anfang machte wie immer die CSU. Doch auch die Kanzlerin ging auf Abstand. Im ARD-Sommerinterview verkündete sie am 26. August, dass sie Zweifel habe. Es sei „gut, wenn Ehe und Familie doch etwas deutlich besser gestellt werden“, sagte Merkel in ihrer üblich verschwurbelten Art und Weise.

Diesen Ball nahm die Brandenburger CDU-Bundestagsabgeordnete Katherina Reiche gern auf und verdröbelte sich prompt, so dass selbst die „Bild-Zeitung“ Kritik an ihr übte. Ehe und Familie stünden eben unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes, und deshalb seien sie auch rechtlich besser zu stellen, hatte Reiche in der ZDF-Talkshow „Maybrit Illner“ erklärt.

Die schwarz-gelbe Kabinettsentscheidung gegen die steuerliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe wertete Johannes Kahrs vor allem mit Blick auf die FDP als „erbärmlich“. Es sei „ein Kreuz mit der FDP: Immer wieder schürt sie Hoffnung auf ein Umdenken in der schwarz-gelben Koalition – bloß, um dann doch klein beizugeben“. Diese Partei habe keine einzige schwule oder lesbische Stimme verdient, sagte Kahrs.

Anfang August kündigte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier nach der Erklärung der 13 Unionsabgeordneten noch einen fraktionsübergreifenden Gruppenantrag an. Die SPD-Fraktion erarbeitet augenblicklich eine parlamentarische Initiative und wird diese dem Parlament zur Entscheidung vorlegen.

BILDUNG

7,5 Millionen Menschen in Deutschland können nicht lesen und schreiben

Seit 2011 liegen die Zahlen auf dem Tisch: 7,5 Millionen Menschen, die in Deutschland leben, können nicht lesen, oder sie verstehen nicht, was sie lesen. Das sind 14,5 Prozent der 18- bis 64-Jährigen. Sie sind sogenannte funktionale Analphabeten und Analphabetinnen. Die SPD will, dass diese Menschen besser in die Gesellschaft integriert werden. Doch die Maßnahmen der Bundesregierung reichen dazu nicht aus. Deshalb fordert die SPD-Fraktion eine nationale

Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung. Einen Antrag dazu haben die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen bereits Anfang Mai in den Bundestag eingebracht. 2009 hatte sich die SPD im Petitionsausschuss dafür stark gemacht, dass Behörden so mit den Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren, dass es auch alle verstehen.

Auch die Bildungspolitikern und -politiker der SPD-Fraktion wollen, dass sich die Bundesregierung in den nächsten zehn Jahren besonders anstrengt, damit die Zahl der Analphabetinnen und Analphabeten mindestens halbiert werden kann. Denn sie sind in unserer Gesellschaft stark benachteiligt. Oft können sie die Texte auf Verpackungen nicht lesen. Die Sprache der Behördenbriefe verstehen sie erst recht nicht, und sie können Antragsformulare nicht ohne Hilfe von anderen ausfüllen. Viele der Betroffenen können zwar einzelne Sätze lesen und schreiben, aber sie können sich die Zusammenhänge längerer Texte nicht erschließen.

Menschen, die schlecht lesen und schreiben können, ist es auch unangenehm, andere um Hilfe zu bitten. Sie haben Angst davor, für dumm gehalten zu werden. Dabei tragen sie meist selbst keine Schuld daran, dass sie Schwächen beim Lesen und Schreiben haben. Und dass sie es in der Schule nicht richtig gelernt haben. Diese Menschen fühlen sich ausgeschlossen, und sie haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Denn sie haben große Schwierigkeiten, Bewerbungen zu schreiben.

Hilfe für Analphabetinnen und Analphabeten ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit

Deshalb ist es für die SPD-Bundestagsfraktion auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, dass es in Deutschland weniger Analphabetinnen und Analphabeten gibt. Daran sollen in den kommenden zehn Jahren die Bundesebene, die Bundesländer und die Städte und Gemeinden gemeinsam arbeiten. Auch die Arbeitsagenturen, die Träger sozialer Einrichtungen (z. B. Kindergärten) und die Wirtschaft sollen dabei mitmachen. Folgende Forderungen stellt die SPD dazu an die Bundesregierung:

- Es soll ein Netzwerk z. B. aus Schulen und Volkshochschulen aufgebaut werden. Das Netzwerk soll stabil sein und sich langfristig dafür einsetzen, dass alle Menschen Lesen und Schreiben lernen können.
- Um das zu schaffen, muss es mehr Kurse geben. Heute gibt es nur 30.000 Plätze. Das reicht nicht aus. Deshalb soll es mindestens 100.000 Plätze geben.
- Auch die Ausbildung und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern muss verbessert werden, damit sie ihren Schülerinnen und Schülern besser lesen und schreiben beibringen können.
- Die Kursangebote für Menschen, die nicht lesen und schreiben können, sollen in einfach verständlicher Sprache formuliert werden. Und die Betroffenen sollen sich nicht schlechter fühlen als die anderen. Sondern sie sollen Lust bekommen, lesen und schreiben zu lernen.
- Allen Menschen soll klar gemacht werden, warum manche nicht richtig lesen und schreiben können. Die Betroffenen sollen Mut bekommen, sich helfen zu lassen. Und die, die lesen und schreiben können, sollen sie dabei unterstützen.
- Damit das alles auch bezahlt werden kann, muss genug Geld bereit gestellt werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat jetzt ihren Antrag „Alphabetisierung und Grundbildung in Deutschland fördern – Für eine nationale Bildungsdekade“ in einfache Sprache übersetzt.

PROJEKT ZUKUNFT

Der Kreativpakt: Wie die Kreativwirtschaft gestärkt werden muss

Der Kreativpakt ist ein Bündnis von Kultur, Wirtschaft und Politik. Aus einer Initiative von 2009 wurde 2011 der Kreativpakt e. V. Hier arbeiten Kreative gemeinsam an der Idee, bessere Bedingungen für die Kreativwirtschaft zu formulieren und auf den Weg zu bringen. Der Kreativpakt gab dem „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ der SPD-Bundestagsfraktion in einem langfristig angelegten, engen Arbeitsprozess entscheidende Impulse zur Entwicklung der Kreativwirtschaft.

Das Ziel des Kreativpaktes: Gemeinsam das Potenzial der Kreativwirtschaft weiterentwickeln. Die in der Kreativwirtschaft Beschäftigten müssen verlässlich sozial abgesichert sein und die Rahmenbedingungen kreativer Arbeit – vom Urheberrecht über die Netz- und Bildungspolitik bis zur Kultur- und Wirtschaftsförderung – müssen verbessert werden. Kurz gesagt: reboot Arbeit, update Urheberrecht, bildet soziale Netzwerke!

Das ist der Titel einer umfassenden Broschüre der SPD-Bundestagsfraktion zum Kreativpakt (über www.spdfraktion.de/kreativpakt herunterzuladen) . SPD-Fachpolitiker haben sich regelmäßig ausgetauscht, wissenschaftliche Studien ausgewertet, Praktiker und Betroffene befragt, Workshops durchgeführt und Thesen auf der adhocracy-Plattform debattiert. In der Broschüre sind einige zentrale Ergebnisse für den weiteren Dialog festgehalten:

Urheberrecht: Vergüten statt verbieten

Die reale Nutzung des Netzes muss zur legalen Nutzung werden. Dabei gilt es, eine angemessene Vergütung zu gewährleisten. Wir brauchen ein modernes Urheberrecht, das Kreative und Urheber stärkt, ihnen faire Einkommen ermöglicht und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt. Die damit verbundenen Chancen für kulturelle Teilhabe und Vermittlung, Demokratie, aber auch für die Vermarktung und Verbreitung kultureller Angebote wollen wir fördern.

Soziale Sicherung: Springen können, sicher fallen

Es ist Zeit, die soziale Sicherung endlich der neuen kreativen und digitalen Arbeitswelt anzupassen. Wir müssen berücksichtigen, dass sich die Kreativwirtschaft überwiegend in Form von Soloselbstständigkeit organisiert. Deshalb wollen wir die Künstlersozialversicherung modernisieren und erweitern. Auch die allgemeinen Sozialversicherungssysteme gilt es anzupassen. Grundlage jeder sozialen Sicherung sind faire und stabile Einkommen.

Kulturförderung: Wettbewerb der Ideen statt starrer Strukturen

Die Förderung von Kunst und Kultur muss sich an den Bedürfnissen der Kultur- und Kreativschaffenden orientieren. Statt „einmal gefördert, immer gefördert“ brauchen wir ein System, das Experimente zulässt, die Avantgarde befördert und Anreize für Neues schafft. Die öffentliche Kulturförderung muss soziale Mindeststandards und -honorare beachten.

Wirtschaftsförderung: Kreativität ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts

Kreative und künstlerische Arbeit bildet die Grundlage für ökonomischen Fortschritt und jede gesellschaftliche Innovation. Wir wollen den Innovationsbegriff öffnen. Die Kreativwirtschaft ist eine eigene Wirtschaftsform und Zukunftsbranche. Sie ist mit ihrem hohen wirtschaftlichen Potenzial mindestens so zu fördern wie die klassischen Industrien. Vor allem die Existenzgründungsförderung muss auf die Bedürfnisse von Kreativen zugeschnitten werden.

Bildungspolitik: Kompetenzen neu denken und fördern

Bildung und Weiterbildung müssen den neuen, von der Kreativwirtschaft aufgezeigten Anforderungen der Arbeitswelt gerecht werden. In der Lehrer- und Erzieherausbildung muss deshalb die kulturelle Bildung stärker verankert werden. Der Umgang mit neuen Medien ist genauso wichtig wie Lesen und Schreiben und muss Querschnittsfach sein. Bildung muss Kreativität heben, zur selbstständigen Arbeit befähigen und Entrepreneurship anregen.

Netropolitik: Internet ist ein Grundrecht unserer digitalen Gesellschaft

Der schnelle Zugang zum Internet muss für alle und überall möglich sein. Dies bedeutet ein öffentliches WLAN in öffentlichen Räumen. Eine gesetzlich verankerte Netzneutralität und die Diskriminierungsfreiheit der Infrastrukturen und Inhalte muss die Grundlage für ein freies und innovationsfreundliches Internet sein. Informationen müssen für alle zugänglich sein.

Die Kreativwirtschaft ist zu einer entscheidenden wirtschaftlichen Größe und zum Impulsgeber für gesellschaftliche Erneuerung geworden. Sie ist ein wichtiger Beschäftigungs- und Wachstumstreiber. Buchmarkt, Musikwirtschaft, Film, Rundfunk und Bühne, bildende Kunst, Architektur und (Mode-)Design sowie die Software- und Games-Branchen und die Werbewirtschaft beschäftigen in Deutschland rund 1 Million Menschen und erzielen jährlich einen Umsatz von rund 137 Milliarden Euro. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt liegt damit bereits deutlich vor zum Beispiel der Chemiebranche.

Die Kreativwirtschaft macht zukünftige Entwicklungen in Arbeitswelt, Wirtschaft, Bildung und Gesellschaft schon heute wie ein Vergrößerungsglas sichtbar. Sie ist gleichzeitig Zukunftslabor und Avantgarde.

Kreativität ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Er muss gefördert werden.

Vgl. auch www.spdfraktion.de/kreativpakt und www.kreativpakt.org

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>